



Militärputsch in Guinea

Hintergründe der aktuellen Entwicklungen

Felix Gerdes

Am Abend des 22. Dezember 2008 verstarb nach 24 Jahren an der Macht der guineische Präsident Général Lansana Conté. In den frühen Stunden des 23. Dezember bereits verkündete Capitaine Moussa Dadis Camara im staatlichen Fernsehen, dass das Militär die Macht übernommen habe. Von vielen Beobachtern war ein Staatsstreich nach dem absehbaren Tod Contés erwartet worden. Angesichts der gespaltenen Armee war vor allem fraglich, welcher der rivalisierenden Militärs putschen würde. Der Staatsstreich kam nun aus den unteren Rängen, welche hiermit auch einem Putsch aus Kreisen des militärischen Establishments vorzubeugen beabsichtigten. Die Geschichte des Militärs spricht jedoch dafür, dass die Machtübernahme im Kern die Verhinderung einer Demokratisierung, den Erhalt des Privilegiensystems für die Armee und den Aufstieg der weniger privilegierten unteren Ränge zum Ziel hatte.

Das Militär hat seit 1984 eine herausragende Rolle in der Politik Guineas eingenommen. Die autoritäre Herrschaft hat das Land entgegen der eigenen Versprechen jedoch weder stabilisieren noch wirtschaftlich entwickeln können. Im Gegenteil haben der Anstieg der Armut und die massive Selbstbereicherung der politischen Elite zu einem weitgehenden Legitimitätsverlust der politischen Führung geführt. Darüber hinaus waren bürokratische Institutionen auch für afrikanische Verhältnisse äußerst schwach. So galt Guinea 2007 als korruptestes Land Afrikas (Transparency International). Aus der Verbindung von Illegitimität

Landesdaten Guinea

Regierungsform: Militärdiktatur

Bevölkerung: 9,6 Millionen

Fläche: 246.000 km²

BIP pro Kopf: 417 US-Dollar (2007)

Wirtschaftswachstum 2005-2006-2007: 3,0%-2,4%-1,8%

Human Development Index: 0,423 (Rang 167 von 179) (2006)

Gini-Index: 38,6 (2003) (Rang 58 von 127)

Corruption Perceptions Index: Rang 173 von 180 (2008)

Ethnische Gruppen: Peulh/Fula 40%, Malinké 30%, Soussou 20%, diverse Minderheiten (10%)

Religionen: Islam (85%), Christentum (8%), indigene Religionen (7%)

und institutioneller Schwäche ergab sich ein hohes Maß an struktureller Instabilität.

Eine gewaltsame Eskalation von Machtkonflikten ist eine realistische Perspektive. Zudem ist die Bekundung der Militärführung, eine Demokratisierung einleiten zu wollen, äußerst skeptisch zu beurteilen. Angesichts des sozialen Wandels wird die politische Führung jedoch in Zukunft verstärkt Legitimität generieren müssen, wofür eine Demokratisierung unumgänglich ist. Die folgende Einordnung des Militärputsches in den strukturellen Hintergrund der Politik Guineas soll dies verdeutlichen.

Die Perspektiven für Guinea sind dabei auch vor dem Hintergrund der internationalen Einbindung des Landes zu sehen. Das Land ist der zweitgrößte Bauxit-Exporteur der Welt und hält etwa ein Drittel der Reserven an dem Aluminiumerz. Hieraus ergeben sich relativ bedeu-

tende internationale Interessen an der Stabilität des Landes.

Guinea unter Sékou Touré

Guinea widersetzte sich 1958 in einem Referendum als einzige französische Kolonie der Einbeziehung in die „Communauté Française“ und bestand auf der sofortigen Unabhängigkeit. Die Kolonialmacht zog sich daraufhin brüsk zurück und zerstörte wichtige Teile der administrativen Infrastruktur.

Präsident Sékou Touré (1958-1984) baute im Folgenden ein Herrschaftssystem auf, welches manchen als das einzige in vollem Maße totalitäre Regime Afrikas galt (Jeanjean 2004). Die politische Kontrolle wurde weniger über staatliche Institutionen als über Parteistrukturen ausgeübt. Ebenso wurden die Patronagezuteilungen – Reis, Kleidung, andere Mittel des Grundbedarfs – über die Einheitspartei verteilt. Die Parteiliga *Milice Populaire* und die Volksgerichte der Partei bildeten Kernelemente des Sicherheitssektors (vgl. Jeanjean 2004:113). Die Armee hingegen hatte – aufgrund von Putschfahrten in Nachbarstaaten – kaum Zugang zu Waffen und war wenig bedeutend. Das Regime stützte sich sukzessive verstärkt auf personale Beziehungen und Familienmitglieder Tourés nahmen eine Vielzahl wichtiger Posten im Staat und in der Partei ein (Jeanjean 2004:111-113).

Wichtige Konstanten in der guineischen Geschichte, die sich unter Sékou Touré entwickelten, waren die Gewalttätigkeit des Regimes, die hohe Bedeutung persönlicher Beziehungen in der Politik und die Blockade wirtschaftlicher Entwicklung. Insbesondere wurden zwischen 1960 und 1970 sieben vermeintliche oder tatsächliche Verschwörungen gegen den Präsidenten „aufgedeckt“. Ein Merkmal der den Aufdeckungen folgenden Repression war die bewusste (Lewin 2005:Endnote 8) Ausweitung der Verfolgung auf vollkommen unbeteiligte Personen.¹ Staatsterror von außergewöhnlicher Brutalität war ein bedeutendes Mittel der Herrschaftssicherung.²

Vordergründig sozialistischen Prinzipien folgend, wurde massiv in die Wirtschaft eingegriffen und Teile wurden verstaatlicht. Das Ergebnis war vor allem eine

Konzentration wirtschaftlicher Machtressourcen beim Präsidenten (Condé 1972, Jeanjean 2004). Die relativ diversifizierte Wirtschaft wurde stranguliert und fortan dominierte der erst postkolonial aufgebaute Bauxitsektor. Die USA haben kontinuierlich enge Beziehungen zu Guinea unterhalten und US-amerikanische Konzerne nahmen eine führende Rolle im Bauxitabbau ein. Da die Binnenwirtschaft kaum Perspektiven bot, erhielten die über den Bauxitexport finanzierten Patronageleistungen des Regimes höchstes Gewicht für die materielle Versorgung der Bevölkerung. Die Dauerkrise der Wirtschaft war daher dem Ausbau der Macht Sékou Tourés durchaus zuträglich.

Zum guineischen Nationalismus

Allerdings gelang es Touré, einen auch heute noch weithin lebendigen Nationalstolz zu erschaffen. Guinea war eines der ersten Länder, die in Afrika unabhängig wurden. Das Bewusstsein, eine Vorreiterrolle in Afrika gespielt zu haben, ist tief verankert. Ebenso tief verankert und emotional positiv belegt ist die Vorstellung, in schwierigen Zeiten gegen große Widerstände die eigene Freiheit gegen eine Fremdherrschaft verteidigt zu haben. Sékou Tourés Anspruch gegenüber dem französischen Premierminister de Gaulle 1958, Guinea würde die Freiheit in Armut der Sklaverei in Reichtum vorziehen, blieb von herausragender Bedeutung für das Selbstverständnis der Nation.

Im guineischen Nationalismus kam der Delegitimierung externer Einflüsse und der Abgrenzung von externen Akteuren hohe Wertschätzung zu. Diese politischen Ziele hatten klaren Vorrang vor wirtschaftlichen Erfolgen und rechtfertigten auch die bewusste Sabotage der eigenen wirtschaftlichen Entwicklung.³ Wenngleich der Nationalismus an Mobilisierungskraft eingebüßt hat, ist die Logik der Sabotage externer Akteure um den Preis der eigenen Entwicklung in Guinea weithin bekannt und als legitim anerkannt. Tourés Nachfolger Lansana Conté hat Versuchen westlicher Akteure, Einfluss zu nehmen und eine Demokratisierung durch Entwicklungsprojekte zu unterstützen, demonstrative Absagen erteilt. Grundsätzlich ähnliche Einstellungen finden sich auch gegenwärtig noch

¹ Bei einem solchen „Komplot“ wurde 1976 die zahlenmäßig stärkste ethnische Gruppe der Peulh pauschal unter Umsturzverdacht gestellt.

² Mehrere Tausend Menschen wurden unter Folter ermordet (vgl. Lewin 2005) und Unzählige in Gefängnissen inhaftiert, die Touré selbst als schlimmste der Welt bezeichnet hatte (Jeanjean 2004:89).

³ So zitierte die International Crisis Group einen für landwirtschaftliche Entwicklung zuständigen hochrangigen Beamten: „We had some excellent agricultural projects in Guinea in the 1970s and 1980s, for instance some funded by the Canadians. As members of the party and functionaries of the state, a lot of us felt a kind of duty to see them fail, whether by neglect or active sabotage“ (zitiert in International Crisis Group 2005:9).

auf untergeordneten Ebenen der Verwaltung. Möglichkeiten externer Akteure, durch Druck Einfluss auf die Entwicklungen zu nehmen, sind somit begrenzt (vgl. International Crisis Group 2005:9).

Jedoch beinhaltet der guineische Nationalismus eine Gemeinwohlorientierung. Zudem ist in Guinea aufgrund der wiederholten Betonung der Unabhängigkeit durch die politischen Führer ein starkes Bewusstsein für die interne Verantwortung für die Krise und die Notwendigkeit, ihr durch eigenes Handeln zu begegnen, vorhanden.⁴

Die Herrschaft Lansana Contés

Kurz nach dem Tode Sékou Tourés 1984 übernahm Colonel Lansana Conté mittels eines Militärputsches die Macht und setzte sich damit gegen Konkurrenten insbesondere aus der Familie des Diktators durch. Die Einheitspartei wurde verboten und Tourés Kader wurden von ihren Posten entfernt bzw. getötet. Auch wurde die *Milice Populaire* aufgelöst, deren Status von der Armee mindestens als Missachtung und vielfach als Bedrohung aufgefasst wurde. Die wesentlichen formellen und informellen Strukturen der Herrschaft Tourés wurden damit beseitigt. Conté baute in der Folgezeit ein erstaunlich stabiles informelles System der Machtsicherung auf.

Für die Konsolidierung der Macht Contés war demonstrative Gewaltausübung von hoher Bedeutung. Die Folterung eines rivalisierenden Colonel, der 1985 im Kontext der noch unklaren Machtverteilung einen Putschversuch unternahm, wurde im Staatsfernsehen übertragen. Gleichzeitig fanden von Conté unterstützte Pogrome gegen Malinké statt, die ethnische Gruppe Sékou Tourés und des erfolglosen Putschisten (Barry 2004:105f). Die Herrschaft blieb repressiv. Auf Druck internationaler Geber wurden Parteien zugelassen und ab 1993 Wahlen abgehalten, die jedoch massiv manipuliert waren. „[Additionally] the opposition [had] no right of public assembly, and security forces have gunned down such gatherings and student demonstrations on several occasions“ (International Crisis Group 2002:24).

Lange schienen auch die Oppositionsparteien wenig Perspektiven für Guinea zu bieten und vor allem den Interessen ihrer Anführer zu dienen. Deren Machtambitionen

verhinderten zum einen die Bildung stabiler Allianzen. Zum anderen haben ihre Mobilisierungsstrategien stark zur Ethnisierung der Politik und Polarisierung des Landes beigetragen. Dennoch schien die ethnische Ausrichtung in der Bevölkerung nur mäßig akzeptiert und eine Ursache der Schwäche der Opposition zu sein (Docking 1999:24). Einige jüngere Entwicklungen deuten an, dass die ethnischen Parteien im demokratischen Wettbewerb nur mäßige Erfolge erzielen würden. Zum einen haben die überethnisch auf sozioökonomischer Grundlage organisierten Gewerkschaften ein weitaus größeres Mobilisierungspotential bewiesen. Zum anderen scheinen die beiden Oppositionspolitiker, die am ehesten Ethnien übergreifende Allianzen aufbauten, zurzeit die populärsten zu sein (Africa Confidential 2. Februar 2007; Economist Intelligence Unit 2008a:5).⁵

Unter Conté wurde die Armee mittels Erhöhung des Soldes, Zuteilung von Reis, Erhöhung des Status und einer Verbesserung der Ausstattung sowie Gewährung großer Privilegien für die Führung zu einer der wesentlichen Stützen der Regierung gemacht. Allerdings war die Loyalität der Truppe nie vollständig gesichert. Ein fehlgeschlagener Militärputsch 1996 war Ausdruck von qualitativ neuen, tiefen Spaltungen und Rivalitäten in der Armee (Docking 1999). Durch regelmäßige „Säuberungen“ der höheren Ränge konnte die Kontrolle jedoch weitgehend erhalten werden.

Daneben baute der Präsident ein in wesentlichen Teilen außerhalb staatlicher Institutionen angelegtes bzw. parallel zu diesen verlaufendes persönliches Netzwerk der Macht auf. Patronagebeziehungen und personale Loyalitätsverhältnisse waren auch innerhalb der Armee und für deren Kontrolle von höchster Relevanz. Diese innermilitä-

⁵ Die Regierungspartei *Parti de l'unité et du progrès* (PUP) gilt als Sous-sou-Partei, kann die Ethnie aufgrund des Legitimitätsverlustes aber nur begrenzt integrieren. Um die größte ethnische Gruppe der Peulh wirbt am erfolgreichsten die *Union pour le progrès et le renouveau* (UPR) unter Ousmane Bah, während die *Union pour le progrès de la Guinée* (UPG) unter Jean-Marie Doré die Vertretung der unter dem Oberbegriff „Forestiers“ zusammengefassten Minderheiten der südöstlichen Waldregion beansprucht. Die *Rassemblement du peuple de Guinée* (RPG) unter Alpha Condé wird vor allem durch Malinké unterstützt, integriert jedoch zum Teil als kulturell nahe stehend geltende Soussou. Sydia Touré führt die *Union des forces républicaines* (UFR), gehört einer kleinen ethnischen Minderheit an, positioniert sich überethnisch und war in den letzten Jahren treibende Kraft der Bildung von Allianzen unter der Opposition. Als internationale Geber Mitte der 1990er Jahre verstärkt Reformen forderten, wurde er zum Premierminister gemacht. Seine Amtszeit wird weithin als Erfolg betrachtet und begründet seine Popularität. Er wurde jedoch von Conté entlassen, als seine Reformen die Pfründe der Elite zu gefährden drohten. Condé und Touré erscheinen zurzeit als stärkste Oppositionspolitiker.

⁴ Im Vergleich zu anderen Ländern der Region fiel bei Interviews des Verfassers 2002 und 2007 eine hohe Bereitschaft von Gesprächspartnern auf, die Nation als solche für die Krise verantwortlich zu machen.

rischen Patronagenetze wurden teils direkt in politische umgewandelt. Viele Präfekten und Gouverneure hatten einen militärischen Hintergrund (Barry 2004).

Lansana Conté beendete die sozialistische Ausrichtung Guineas und führte privatwirtschaftliche Freiheiten ein. In dem wirtschaftlich kaum erschlossenen Land führte dies zunächst zu einem Investitionsboom. Innerhalb kurzer Zeit zeigten sich jedoch in aller Schärfe die oligopolistisch wirkenden politisch-ökonomischen Zusammenhänge. Wirtschaftlich erfolgreich waren nur wenige, nahezu ausschließlich guineische Staatsbürger mit Beziehungen in die Spitzen der Administration (Morice 1987:112). Der Präsident selbst nutzte seine Macht, um zum größten Grundbesitzer des Landes und Exporteur von Agrargütern zu werden.

Im Zentrum der Macht rivalisierten mehrere Faktionen aus der Entourage des Präsidenten miteinander um die Pfründe. Diese Faktionen verbanden meist Angehörige des Präsidenten mit Geschäftsmännern, Militärs und zivilen politischen Eliten. Die vier Ehefrauen des Präsidenten schienen zentrale Rollen in ihren jeweiligen Netzwerken zu spielen (vgl. Chambers 2004: 131f). Die Stabilität des Regimes Conté war wesentlich durch diese Rivalitäten bedingt, da sich die konkurrierenden Netzwerke gegenseitig neutralisierten. Die Konkurrenten wiederum stützten Conté deshalb, weil er als Zünglein an der Waage für die Realisierung ihrer politischen und ökonomischen Chancen ausschlaggebend blieb. Diese Form der Machtsicherung ist besonders effektiv, wenn kein Nachfolger aufgebaut bzw. die Herausbildung eines potentiellen Nachfolgers durch den Präsidenten verhindert wird, wie es in Guinea der Fall war.

In den letzten Jahren ist Mamadou Sylla zum reichsten Geschäftsmann des Landes geworden.⁶ Vielen galt er als Verwalter der Geschäfte des Präsidenten. Allgemein basierten die Profite der Geschäftsleute auf der massiven, häufig informellen Vergabe von Privilegien durch den Präsidenten. Über diese Geschäftsleute wurde auch zu großen Teilen das Patronagenetz Contés finanziert. Diese enge informelle Vernetzung von privatwirtschaftlichen Aktivitäten und staatlicher Macht stellte sowohl eine wichtige Basis der Macht des Präsidenten als auch den Hintergrund der wirtschaftlichen Krise Guineas dar. Das BIP pro Kopf sank zwischen 1997 und 2006 von

509 auf 326 US-Dollar (IMF World Economic Outlook Database, October 2008).

Weiterhin war die Politik durch diverse korrupte Praktiken gekennzeichnet. Dies umfasste den direkten Griff des Präsidenten in die Staatskasse.⁷ Korruption beschränkte sich jedoch nicht auf die Führungsebene, sondern war zentrales Moment der Verwaltung auf allen ihren Ebenen.⁸ Hierüber hat das politische Zentrum stark an Herrschaftskapazitäten eingebüßt, da Privatinteressen das Handeln der Beamten lenken. Hiermit in Zusammenhang steht die fortgeschrittene Kriminalisierung des guineischen Staates (vgl. Bayart/Ellis/Hibou 1999).

Im Kontext der westafrikanischen Kriege der 1990er Jahre wurde Guinea zum bedeutenden Waffenschlagplatz. Schätzungen zufolge wurden 80 Prozent der illegalen Waffenimporte in die Region durch guineische Behörden geschleust (International Crisis Group 2005:16). Der Handel fand teilweise mit Billigung des Präsidenten statt, so im Falle von Waffenlieferungen an die „befreundete“ liberianische Rebellengruppe ULIMO. Jedoch wurden auch feindliche Kräfte beliefert. Die ausufernde Korruption untergrub somit sowohl Sicherheitsinteressen des Präsidenten wie die Stabilität des Landes.⁹

In den letzten Jahren hat insbesondere die Verwicklung in den internationalen Heroin- und Kokainschmuggel zugenommen. Im Oktober 2008 warnte das UN-Drogenbekämpfungsprogramm, dass Guinea das angrenzende Guinea-Bissau als bedeutendster Umschlagplatz des internationalen Drogenhandels in der Region zu überholen drohe. Das Militär nimmt eine bedeutende Rolle im Drogenschmuggel ein und Personen aus dem Umfeld des Präsidenten galten als verwickelt (International Crisis Group 2008).

⁷ Die später erwähnte Kontroverse um illegale Geldzahlungen der Zentralbank an Mamadou Sylla gewann auch deshalb diese Schärfe, weil weithin davon ausgegangen wird, dass ähnlich willkürliche „Abhebungen“ von Geldern der Zentralbank durch den Präsidenten regelmäßig vorkamen.

⁸ Einer Studie zufolge decken die offiziellen Gehälter staatlicher Angestellter im Schnitt etwa 10 Prozent des Einkommens ihrer Privathaushalte. Der Großteil des fehlenden Haushaltseinkommens wurde durch die Nutzung von Amtskompetenzen zum privaten Vorteil erzielt (vgl. Barry 2000).

⁹ Wichtigster Gegner der ULIMO und Guineas war Charles Taylor, ein Warlord und ab 1997 Präsident Liberias. Auch Taylors Kräfte wurden über Guinea mit Waffen beliefert. Im Kontext der feindlichen Beziehungen ließ Taylor 2000 Guinea durch Paramilitärs und verbündete irreguläre Kräfte angreifen. Guinea konnte den Angriff jedoch innerhalb weniger Monate zurückschlagen.

⁶ Auf Druck Contés hin wurde Sylla auch Vorsitzender der Regierungspartei.

Die Erschütterung des Systems Conté

In Folge der auch für afrikanische Verhältnisse massiven Repression und Brutalität der guineischen Regierungen hatte sich in der Masse der Bevölkerung eine apathische politische Kultur entwickelt. Parallel bildete sich in der politischen Elite die Einstellung heraus, dass Interessen der einfachen Bevölkerung für die Politik irrelevant wären. Die Streiks und Demonstrationen seit 2006 indizierten daher einen gravierenden Wandel in der politischen Kultur der Bevölkerung, während die Elite weiterhin ihren gewohnten Handlungsmustern folgte (vgl. McGovern 2007).

Einen wichtigen Hintergrund der Proteste stellte dabei die Erkrankung des Präsidenten dar, in deren Folge er offensichtlich die Konkurrenzkämpfe seiner Unterstützer nicht mehr überblickte. Mehrfach wurden innerhalb weniger Tage mehrere Kabinettsumbildungen verkündet. Eine verbreitete Interpretation der Vorgänge war, dass Conté die Inhalte seiner Dekrete nicht verstanden und auf Druck enger Vertrauter unterzeichnet hatte (vgl. International Crisis Group 2007a:6). Die Politik wurde so erratisch, dass der Präsident als geistig umnachtet wahrgenommen wurde.¹⁰

Den Auftakt zur schwersten Erschütterung der Herrschaft Contés seit seiner Machtübernahme bildeten zwei Generalstreiks vom 27. Februar bis 3. März und vom 8. bis 17. Juni 2006. Hierzu aufgerufen hatte eine Gewerkschaftsallianz, die erstmals als politisch bedeutender Akteur in Erscheinung trat.¹¹ Durch ein scheinbares Eingehen auf Forderungen der Streikenden konnte die Regierung die Lage vorübergehend beruhigen.

Ende November 2006 wurde dann Mamadou Sylla verhaftet, ebenso wie kurz darauf der ehemalige Gouverneur der Zentralbank. Sie waren gerichtlich verurteilt worden, gemeinsam illegal etwa 22 Millionen US-Dollar von der Zentralbank „abgehoben“ zu haben (McGovern 2007:129).¹² Am 16. Dezember schließlich wurden beide ebenso plötzlich durch den Präsidenten persönlich aus dem Gefängnis abgeholt und freigelassen. Sylla symbolisiert in

Guinea Machtmissbrauch und Bereicherung der Elite, und die Freilassung löste einen neuen Generalstreik ab dem 10. Januar 2007 aus, der diesmal direkt gegen den Präsidenten gerichtet war.

Eine der Kernforderungen der Streikenden war die Abgabe der Befugnisse des Präsidenten an einen allgemein akzeptierten Premierminister (vgl. McGovern 2007:130f). Der Streik nahm ungekannte Ausmaße an, erfasste sämtliche größere und die meisten kleineren Städte des Landes und wurde während seiner 18-tägigen Dauer von großen Demonstrationen begleitet. In Conakry schoss das Militär in die Menge der unbewaffneten Demonstranten und schlug die Proteste brutal nieder. Nachdem Conté erneut eine Vereinbarung brach, kam es ab dem 9. Februar zu spontanen Unruhen. In mindestens zehn Städten wurden Regierungsgebäude angegriffen sowie Privathäuser von Militärs und hohen Regierungsmitgliedern in Brand gesteckt. Insgesamt wurden bei den Unruhen zwischen Januar und Februar 2007 nach Angaben der Behörden 137 und nach Angaben des Dachverbands der Zivilgesellschaft 183 Zivilisten getötet (International Crisis Group 2007b:2).¹³

Das Scheitern der Transition

Am 26. Februar 2007 schließlich ernannte der Präsident den von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Diplomaten Lansana Kouyaté zum Premierminister (McGovern 2007:130f). Seine Reformen wurden jedoch durch den Präsidenten blockiert. Dies wurde Conté zum einen dadurch ermöglicht, dass Dekrete nur durch seine Unterschrift wirksam wurden (International Crisis Group 2007b). Hinzu kam, dass Contés Macht kaum auf den legal-rationalen Strukturen eines Staates, sondern wesentlich auf den geschilderten persönlichen Beziehungen zu Militärs und Geschäftsleuten beruhte. Diese Strukturen funktionierten relativ unabhängig von der Besetzung des Kabinetts und den Handlungen Kouyatés.

Zudem versäumte es Kouyaté, sich die Unterstützung oppositioneller Kräfte zu sichern, die Blockadepolitik Contés der Öffentlichkeit zu kommunizieren und Erfolge öffentlichkeitswirksam herauszustellen.¹⁴ Der Premiermi-

¹⁰ Der Präsident litt seit geraumer Zeit an Diabetes und vermutlich Leukämie. Es wurde von starken Bewusstseinsstörungen berichtet, die eventuell durch Medikamente hervorgerufen wurden. Im diplomatischen Korps ebenso wie in der guineischen Elite wurde darüber hinaus Alkoholismus vermutet (Interviews 2002 und 2007).

¹¹ Dies war die Allianz der *Union syndicale des travailleurs de Guinée* mit der *Confédération nationale des travailleurs de Guinée*.

¹² Angesichts der institutionellen Sklerose Guineas muss davon ausgegangen werden, dass die Schwäche des Präsidenten und Rivalitäten seiner Entourage den Hintergrund für Schuldspruch und Verhaftung darstellten.

¹³ Für eine detaillierte Darstellung der Ereignisse siehe Human Rights Watch (2007).

¹⁴ Beispielsweise wurde durch den von Kouyaté eingesetzten Wirtschafts- und Finanzminister die Zentralbank einer deutlich stärkeren Kontrolle unterworfen. Die Inflationsrate sank von 35% auf 23% (IMF World Economic Outlook Database, Oktober 2008). Dies war volkswirtschaftlich zweifellos wichtig, bedeutete aber für

nister erschien zunehmend als abgehoben und ineffektiv. Am 20. Mai 2008 war Kouyaté schließlich so unpopulär geworden, dass Conté ihn entlassen und durch den loyalen Tidiane Souaré ersetzen konnte. Einen Monat später ordnete der Präsident eine Kabinettsumbildung an. Die Kouyaté nahe stehenden Minister wurden entlassen, womit der Reformprozess effektiv zu seinem Ende gekommen war.

Jedoch war auch während des Reformprozesses Contés Macht weiter erodiert, was sich insbesondere in einer erhöhten Bereitschaft der unteren Ränge der Armee ausdrückte, einen größeren Anteil an den militärischen Privilegien einzufordern. In der zweiten Maiwoche 2007 demonstrierten Soldaten gegen die Militärführung, die der Unterschlagung von Soldzahlungen bezichtigt wurde. In den unteren Rängen wurde allgemein von der Existenz eines „bulletin rouge“ ausgegangen, auf dessen Grundlage die Militärführung systematisch einen Teil der Soldzahlungen einbehielt. Bei den Demonstrationen wurde in großem Umfang durch Soldaten geplündert.¹⁵ Conté entließ schließlich zwei der bedeutendsten Militärführer (vgl. McGovern 2007:131f). Bemerkenswerterweise gingen auch die bedeutendsten Proteste nach der Entlassung Kouyatés von unteren Rängen des Militärs aus, die meuterten und unter anderem den Vizestabschef zur Geisel nahmen.¹⁶ Im Vordergrund standen jedoch die partikularen Interessen der Soldaten und Conté konnte die Proteste durch materielle Zuwendungen und die Entlassung des Verteidigungsministers unter Kontrolle bringen.

Der Militärputsch

Die beim Tode des Präsidenten hinterlassene Regierung war instabil, in hohem Maße korrupt, uninteressiert an einer Verbesserung der Lage für die Bevölkerung und illegitim. Die Einleitung einer demokratischen Transition durch sie erschien unwahrscheinlich und die Organisatoren der Proteste von 2006 und 2007 hatten sich als zu schwach erwiesen, den Wandel nachhaltig voranzutreiben. Weithin

waren Befürchtungen geäußert worden, Konflikte innerhalb der Elite könnten nach dem Tod Contés kriegerisch eskalieren. Ein Machtvakuum erschien der Bevölkerung als bedrohlich und ein sich stark präsentierendes Militär wurde als beste realistische Perspektive für den Erhalt der Ordnung wahrgenommen. Vor diesem Hintergrund kann es nicht überraschen, dass der Putsch vom 23. Dezember 2008 in der Bevölkerung begrüßt wurde. In Guinea besteht dabei die Erwartung, dass das Militär eine geordnete Demokratisierung einleiten würde. Die Junta hat ihren Putsch primär mit dem Wunsch nach Korruptionsbekämpfung, Entwicklung, Stabilität und Demokratisierung begründet.

Es ist allerdings davon auszugehen, dass diese Rhetorik lediglich der internen und externen Legitimierung dient. Geschichte und Kultur des Militärs sind weder mit Demokratisierung noch mit Rechtsstaatlichkeit verträglich (vgl. Yabi 07.01.2009). Das Militär hat in der Ära Conté zur Sicherung der eigenen Privilegien ein im Wesentlichen der Selbstbereicherung der Elite dienendes Regime regelmäßig mit großer Brutalität geschützt und massiv von Rechtsbrüchen profitiert. Das Militär ist denn auch trefender als Akteur der organisierten Kriminalität denn als Sicherheitsinstitution zu beschreiben. Dies betrifft nicht nur die Verwicklung in den internationalen Drogen- und Waffenschmuggel. Soldaten erpressten die Zivilbevölkerung regelmäßig und waren verantwortlich für viele Entführungen sowie einen großen Teil der Raubüberfälle auf Villen und Fahrzeuge an Landstraßen (vgl. Economist Intelligence Unit September 2008:10). Bei Zusammenbrüchen der öffentlichen Ordnung schien das Militär für den Großteil der Plünderungen verantwortlich zu sein (vgl. Human Rights Watch 2007).

Inwiefern Juntachef Moussa Dadis Camara persönlich in kriminelle Aktivitäten verstrickt war, ist zurzeit unklar.¹⁷ Deutlich wurde, dass das Regime sich vor allem auf das Militär stützen würde. Camara etablierte einen *Conseil national de la démocratie et du développement*

die Bevölkerung lediglich einen etwas langsameren Anstieg der Armut und wurde kaum als Erfolg wahrgenommen.

¹⁵ Unter anderem wurden Bestände großer Geschäftsleute, das Lager des United Nations Development Program (UNDP) und Privathäuser hochrangiger Militärs geplündert.

¹⁶ Am 16. Juni 2008 folgten Polizisten dem Beispiel der Soldaten und demonstrierten, schossen und nahmen den nationalen Polizeichef als Geisel. Zöllner schlossen sich wenig später den Protesten an. Die Proteste wurden durch das Militär niedergeschlagen und die zentrale Polizeiwache durch Militärs geplündert. St. Lieutenant Claude Pivi, der die Plünderung leitete, gehört der nach dem Putsch etablierten Militärjunta an (Yabi 07.01.2009).

¹⁷ Camara war einst für die Treibstoffversorgung der Armee zuständig. Treibstoff wird systematisch unterschlagen um ihn an Privatpersonen verkauft und die Abteilung gilt als korrupt. Angeblich hat Camara sich wenig interessiert an den Bereicherungsmöglichkeiten gezeigt (vgl. Schmidt 2009), was jedoch auch ein inszenierter Mythos sein kann. Höchst skeptisch ist auf jeden Fall Camaras Ankündigung zu betrachten, Verträge mit internationalen Konzernen zu überprüfen und im nationalen Interesse neuzuverhandeln. Solche Neuverhandlungen waren auch unter Conté nicht ungewöhnlich. Hintergrund waren jedoch persönliche Interessen von Eliten an bestimmten Konzernen oder Versuche, Bestechungsgelder von den Konzessionsinhabern zu erpressen (vgl. Economist Intelligence Unit September 2008:12).

(CNDD), der aus 26 Militärs und nur sechs Zivilisten bestand und zunächst die Regierungsführung übernahm. Unter den Militärs fanden sich sechzehn Vertreter der alten Garde (mit Rang eines *Commandant* oder höher, jedoch nur ein General), darunter bekannte Hardliner wie Lieutenant Colonel Mathurin Bangoura und Colonel Sékouba Konaté, Kommandant einer Eliteeinheit. Am 15. Januar 2009 war die Besetzung der neuen Regierung komplett. Das Militär behielt die Schlüsselministerien und Sékouba Konaté wurde neuer Verteidigungsminister, während die Bedeutung der integrierten Zivilisten ungewiss war (vgl. Aminata.com 15.01.2009). Anfänglich hatte die Militärjunta angekündigt, erst im Dezember 2010 Wahlen abhalten lassen zu wollen. Gegenüber einem französischen Gesandten sagte sie jedoch Wahlen bis Ende 2009 zu.

Die neue Militärregierung hat sich von einigen der engsten Gefolgsleute Contés abgegrenzt. Insbesondere wurden 22 Generäle in den Ruhestand geschickt (BBC 29.12.2008). General Diarra Camara, bis zum Putsch Oberbefehlshaber der Armee und bis zu fünfzehn weitere Militärs wurden unter dem Vorwurf umstürzlerischer Aktivitäten Anfang Januar 2009 verhaftet (Observateur Paalga 08.01.2009). Inwiefern es Juntachef Moussa Camara gelingen würde, die Kontrolle über das Militär zu sichern, war zunächst unklar.

Vor allem zwei Gruppen kommen als potentielle soziale Basis des Regimes in Frage. Dies waren zum einen die weniger privilegierten unteren Ränge des Militärs. Zum anderen waren dies die Minderheiten der Waldregion. Als ethnischer Guérzé entstammt Camara einer dieser Minderheiten, die als „Forestiers“ eine politisierte Identität vereint. Forestiers waren historisch eine politisch unterrepräsentierte Bevölkerungsgruppe (vgl. Barry 2000), die große Hoffnungen mit der Übernahme der Präsidentschaft durch „einen der ihren“ verbinden wird. Wenn das Regime intern unter Druck steht, können positive Anreize externer Akteure für diese Gruppen einen politischen Wandel unterstützen. Von größerer Relevanz sind dabei die unteren Ränge des Militärs, die insbesondere durch eine umfassende Militärreform profitieren könnten.

Der Putsch im internationalen Kontext

Externe Interessen an Guinea lassen sich zum einen unter dem Oberbegriff der Stabilität zusammenfassen. Für westliche Staaten ist der Hintergrund der Bedarf am Schutz von wirtschaftlichen Aktivitäten sowohl in Guinea selbst als

auch in der Region. Zum anderen bestehen Interessen an der Eindämmung der Verwicklung Guineas in den internationalen Drogenschmuggel.

Der Bauxitsektor wird von dem US-amerikanischen Konzern Alcoa, der kanadischen Alcan und der russischen Rusal dominiert. Größter Bauxitimporteur ist Russland. Die im Eisenerzabbau aktiven Konzerne Rio Tinto und Steinmetz sind britisch-australischer bzw. israelischer Herkunft. Der Minensektor ist äußerst kapitalintensiv und zum Schutz der Investitionen besteht ein Interesse an verlässlicher Stabilität. Da ein kriegerischer Zusammenbruch Guineas für diese Unternehmen mit hohen Verlusten verbunden wäre, werden sie im Zweifelsfall Druck ausüben, eine illegitime, aber kurzfristig stabilisierende Junta zu unterstützen.

In Westafrika wird vor allem ein Ausgreifen möglicher kriegerischer Auseinandersetzungen auf andere Länder der Region befürchtet. Unmittelbar gefährdet ist Liberia, wobei die letzten beiden Kriege dort Nachbarländer ebenfalls destabilisierten. Es bestehen enge Beziehungen zwischen guineischen Militärs und ehemaligen liberianischen Rebellen, die nun als Söldner angeheuert werden könnten. Eine Wiederbewaffnung der Rebellen gefährdet wiederum Liberia. Sowohl die *Afrikanische Union* (AU) als auch die *Economic Community of West African States* (ECOWAS) verurteilten den Putsch und setzten Guineas Mitgliedschaft bis zur Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung aus.

Alle westlichen Staaten haben den Putsch verurteilt und die zügige Abhaltung von Wahlen 2009 gefordert. Für den Westen stellt sich die Frage, in welchem Maße er bereit ist, die Militärjunta unter Druck zu setzen. Sofern diese eine Möglichkeit sieht, ihre autoritäre Macht zu konsolidieren, wird sie kaum freie und faire Wahlen zulassen. Sollten sich jedoch Verteilungskämpfe innerhalb der Militärregierung aufgrund finanzieller Nöte intensivieren, ist ein kriegerischer Zusammenbruch eine mögliche Perspektive. Die Konfliktparteien wären aller Voraussicht nach Faktionen, welche vom Wandel bedrohte Wirtschaftseliten der Ära Conté mit zivilen Politiker und Militärs vereinigen würden.

Literatur:

Africa Confidential (2 Februar 2007): Guinea: The Strike that Shook Conté, S. 4-5

- Aminata.com (15.01.2009): Guinée : Militaires et civils pour le premier gouvernement de la junte
<http://fr.allafrica.com/stories/200901150451.html>
 (Zugriff 15.01.2009)
- Barry, Amadou Bano (2000): Les violences collectives en Afrique: Le cas guinéen. Paris: L'Harmattan
- Barry, Ousmane Alpha (2004): Les racines du mal guinéen. Paris: Karthala
- Bayart, Jean-François/Ellis, Stephen/Hibou, Béatrice (1999): The Criminalisation of the State in Africa. Oxford & London: Currey
- Chambers, Paul (2004): Guinée : Le prix d'une stabilité à court terme, in: Politique Africaine 94, S. 128-148
- Condé, Alpha (1972): Guinée : L'Albanie d'Afrique ou néo-colonie américaine? Paris: Git le Cœur
- Docking, Timothy W. (1999): Sources potentielles de conflits et d'instabilité en Guinée. Development Associates Incorporated (interne USAID-Studie)
- Economist Intelligence Unit (2008a): Guinea: Country Profile. London
- Economist Intelligence Unit (September 2008): Guinea: Country Report. London
- Human Rights Watch (2007): Dying for Change: Brutality and Repression by Guinean Security Forces in Response to a Nationwide Strike. Report Vol. 19, No. 5 (A)
<http://www.hrw.org>
- International Crisis Group (2002): Liberia: The Key to Ending Regional Instability. Africa Report No. 43
<http://www.crisisgroup.org>
- International Crisis Group (2005): Stopping Guinea's Slide. Africa Report No. 94
- International Crisis Group (2007a): Guinée: Le changement ou le chaos. Africa Report No. 121
- International Crisis Group (2007b): Guinée: Le changement en sursis. Africa Briefing No. 49
- International Crisis Group (2008): Guinea: Ensuring Democratic Reforms. Africa Briefing No. 52
- Jeanjean, Maurice 2004: Sékou Touré: Un totalitarisme africain. Paris et al: L'Harmattan
- Lewin, André (2005) : Sékou Touré's "No", in: African Geopolitics, No. 17 (January)
- McGovern, M. (2007): Janvier 2007 - Sékou Touré est mort, in: Politique Africaine 107, S. 125-145
- Morice, Alain (1987): Guinée 1985 : Etat, corruption et trafics. In: Les Temps Modernes 487, S. 108-136
- Observateur Paalga (Ouagadougou) (08.01.2009): Jours de tourments pour des proches de Conté
<http://fr.allafrica.com/stories/200901090444.html>
 (Zugriff 12.01.2009)
- Schmid, Bernard (2009): Guinea nach dem putschförmigen Machtwechsel vom 23. Dezember 2008
<http://www.fluechtlingsrat-hamburg.de>
 (Zugriff 17.01.2009)
- Yabi, Gilles (07.01.2009): Le pire cadeau empoisonné de Conté à son pays: Une armée à la fois dangereuse et incontournable. (Allafrica.com Guest Column)
<http://fr.allafrica.com/stories/200901090444.html>
 (Zugriff 10.01.2009)

Informationsquellen im Internet

Transparency International:

http://www.transparency.org/policy_research/surveys_indices/cpi/2007

IMF World Economic Outlook Database:

<http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2008/02/weodata/index.asp>

Allafrica.com (Nachrichtenportal):

<http://allafrica.com/guinea> (Englisch)

<http://fr.allafrica.com/guinea> (Französisch)

Jeune Afrique (Internationale Zeitschrift):

<http://www.jeuneafrique.com>

Impressum:

Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) wurde 1978 am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg zur empirischen und theoretischen Erforschung von Kriegsursachen ins Leben gerufen. Als Projekt „Forschenden Lernens“ beruht sie wesentlich auch auf den Forschungsleistungen von Studierenden. Durch die Herausgabe des Jahrbuchs „Das Kriegsgeschehen“ stellt die AKUF kontinuierlich aktuelle Daten zu zeitgenössischen Konflikten für Wissenschaft und Öffentlichkeit bereit.

Die **AKUF Analysen** erscheinen unregelmäßig und bieten Informationen zu einzelnen Konflikten und Themen des weltweiten Kriegs- und Konfliktgeschehens. Sie sind in elektronischer Form und als Druckversion verfügbar.

ISSN: 1867-0792

Redaktion: Felix Gerdes, Stephan Hensell, Wolfgang Schreiber; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Felix Gerdes

Kontakt: Postanschrift: AKUF, Institut für Politische Wissenschaft der Universität Hamburg, Allende-Platz 1, 20146 Hamburg

E-Mail: akuf@sozialwiss.uni-hamburg.de

Web: www.akuf.de